# Stromzusatzkosten senken

## IHK-Energiewende-Barometer 2017

Fakten | Trends | Forderungen



DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Mit dem „IHK-Energiewende-Barometer" stellt der DIHK die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung vor, an der sich das unternehmerische Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben.

Grundlage der Auswertung sind 2.250 eingegangene Antworten. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (42 Prozent), Bauwirtschaft (4 Prozent), Handel (14 Prozent) und Dienstleistungen (40 Prozent). In regionaler Hinsicht kommen die Antworten zu 17 Prozent aus dem Norden Deutschlands, zu 38 Prozent aus dem Westen, zu 18 Prozent aus dem Osten und zu 27 Prozent aus dem Süden. Dem Norden werden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die Befragungen fanden vom 12. bis zum 30. Juni 2017 statt.

Ist in dieser Auswertung von Mitarbeitern u. ä. die Rede, sind selbstverständlich auch Mitarbeiterinnen gemeint. Die Verwendung nur einer Geschlechtsform wurde wegen der besseren Lesbarkeit gewählt und ist nicht benachteiligend gemeint.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) - Berlin 2017

Copyright

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.| Berlin | Brüssel

IHK-Energiewende-Barometer

ISSN 2196-9876

DIHK Berlin:
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:
Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: www.dihk.de

Redaktion

DIHK – Bereich Energie, Umwelt, Industrie
Dr. Hermann Hüwels, Mark Becker, Dr. Sebastian Bolay, Till Bullmann, Jakob Flechtner

Stand

September 2017

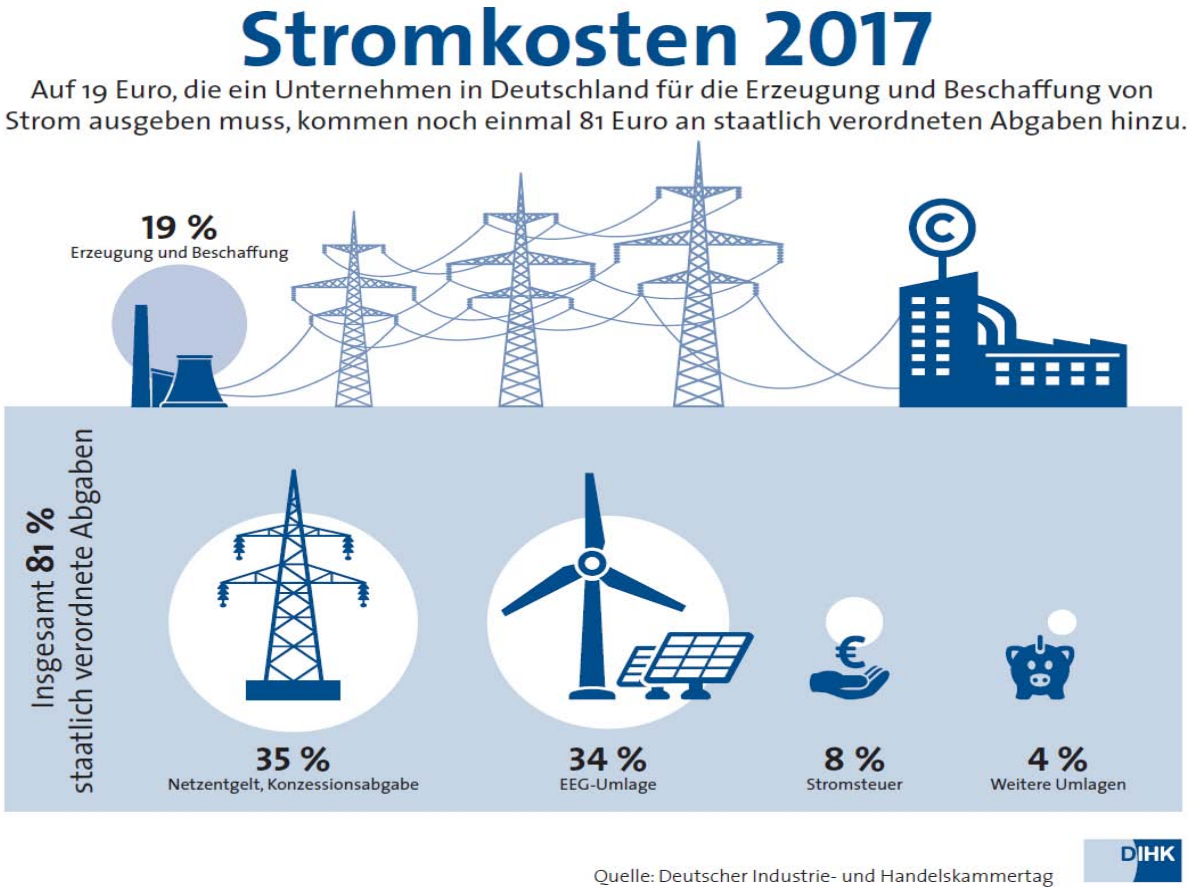
# Inhaltsverzeichnis

Energiepolitik: Das erwartet die Wirtschaft von der neuen Bundesregierung ..... 6
Energiewende: Risiken und Chancen im Wettbewerb ..... 10
Strompreisbelastung nimmt weiter zu ..... 13
Versorgungssicherheit auf hohem Niveau ..... 15
Unternehmen gehen die Herausforderungen der Energiewende an ..... 17
Energieeffizienz: Individuelle Lösungen führen zum Erfolg ..... 19
Unternehmen investieren in die Effizienz ihrer Wärmeversorgung ..... 22
Elektromobilität wird Teil der Energiewende-Strategie von Unternehmen ..... 24

# IHK-Energiewende-Barometer 2017: Stromzusatzkosten senken!

Das Grundgesetz der Energieversorgung – das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) – verlangt in § 1 fest, dass die Energieversorgung möglichst sicher, preisgünstig, verbraucherfreundlich, effizient und umweltverträglich sein soll. Diese Kriterien stellen die Messgröße für aktuelle und zukünftige Entwicklungen der Energiewende in Deutschland dar.

Die Unternehmen sehen derzeit vor allem ein Kriterium als verletzt an: Die preisgünstige Versorgung mit Strom. In den letzten Jahren sind die Stromzusatzkosten bestehend aus zahlreichen Umlagen und der Stromsteuer erheblich gestiegen. In diesem Jahr betragen sie rund 35 Mrd. Euro - eine Verdoppelung seit 2010. Der marktlich bestimmte Anteil an den Stromkosten (Erzeugung und Beschaffung) ist hingegen immer kleiner geworden und beträgt inzwischen weniger als ein Fünftel.




Die Top-Forderung der Unternehmen an die neue Bundesregierung ist daher: *Stromzusatzkosten senken!* Eine Senkung der Umlagen auf den Strompreis soll nach Meinung der Wirtschaft aber nicht durch ein Abschmelzen der Besonderen Ausgleichsregelung, die der Entlastung besonders stromintensiver Betriebe bei der EEG-Umlage dient, erreicht werden. Der DIHK hat entsprechend vorgeschlagen, die EEG-Umlage in Teilen aus dem Haushalt zu finanzieren. Weitere Forderungen der Unternehmen an die kommende Bundesregierung sind: Netze ausbauen, Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten stärken sowie EEG-Förderung für neue Anlagen bis 2021 auslaufen lassen.

Trotz der Strompreisproblematik gleichen sich negative und positive Bewertungen der Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit inzwischen aus: Der Barometerwert erreicht auf einer Skala von - 100 bis + 100 den Wert +1,0 und liegt damit auf Vorjahresniveau (2016: +0,8). In den Vorjahren lag er noch deutlich im negativen Bereich. Deutlich im negativen Bereich bleibt die Bewertung bei den Industrieunternehmen. Die Schritt für Schritt verbesserte Gesamtbewertung erklärt sich in erster Linie durch einen Rückgang des Anteils negativer Bewertungen. Der Anteil der Unternehmen, die von der Energiewende profitieren können, erhöhte sich kaum.

Weitere zentrale Ergebnisse des Energiewende-Barometers 2017:

- Die Entlastungswirkung sinkender Energiepreise (ohne Strom) ist vorbei: Sie sind nach der Talfahrt in den vergangenen drei Jahren inzwischen für mehr Betriebe gestiegen als gesunken (26 zu 17 Prozent). Im Vorjahr war dies noch umgekehrt (14 zu 46 Prozent).

- Energieeffizienz genießt weiterhin sehr hohe Priorität in der Wirtschaft: Vier von fünf Unternehmen haben bereits Maßnahmen ergriffen. Auch aktuell befinden sich wieder viele Vorhaben in der Umsetzung: 38 Prozent der Unternehmen geben laufende Projekte an.

- Bei der Eigenerzeugung von Strom dominieren Investitionen in erneuerbare Energien: Während 10 Prozent der Betriebe vor allem in Photovoltaik investieren wollen, sind es bei konventionellen Anlagen nur 4 Prozent.

- Elektromobilität ist auch in der Wirtschaft im Kommen: 23 Prozent der Betriebe planen aktuell, sich mindestens ein E-Fahrzeug anzuschaffen.

- Abwärmenutzung ist weit verbreitet: So hat fast jedes zweite Industrieunternehmen (46 Prozent) bereits Maßnahmen ergriffen.

- Mit 39 Prozent setzen viele Betriebe auf einen Wechsel zu einem $CO_2$-ärmeren Wärmeerzeuger.

- Stromspeicher sind im Kommen: Zwar haben erst wenige Unternehmen einen solchen Speicher installiert, doch zeigt die vergleichsweise hohe Zahl an geplanten Maßnahmen (13 Prozent), dass Speicher bei vielen Betrieben ein Thema ist.

- Verlagerung von Produktion bzw. Produktionseinschränkung im Inland bleibt aufgrund der hohen Stromzusatzkosten speziell in der Industrie auf der Tagesordnung. Jedes zwanzigste Industrieunternehmen hat bereits Produktion in Deutschland aufgrund der Energiewende eingeschränkt.

# Energiepolitik: Das erwartet die Wirtschaft von der neuen Bundesregierung

In der neuen Legislaturperiode werden erneut viele energie- und klimapolitisch relevanten Fragen auf der Tagesordnung stehen. Folgende Maßnahmen in diesem Themenfeld werden als besonders wichtig für die neue Bundesregierung bewertet: (1) Die Strompreise müssen runter, (2) der Netzausbau muss kommen, (3) die Entlastungsregeln müssen bleiben, (4) es muss mehr Wettbewerb geben und (5) die EEG-Förderung für neue Anlagen soll 2021 enden. Die Unternehmen hatten dabei die Möglichkeit, aus den folgenden 15 Maßnahmen ihre drei Prioritäten zu benennen.

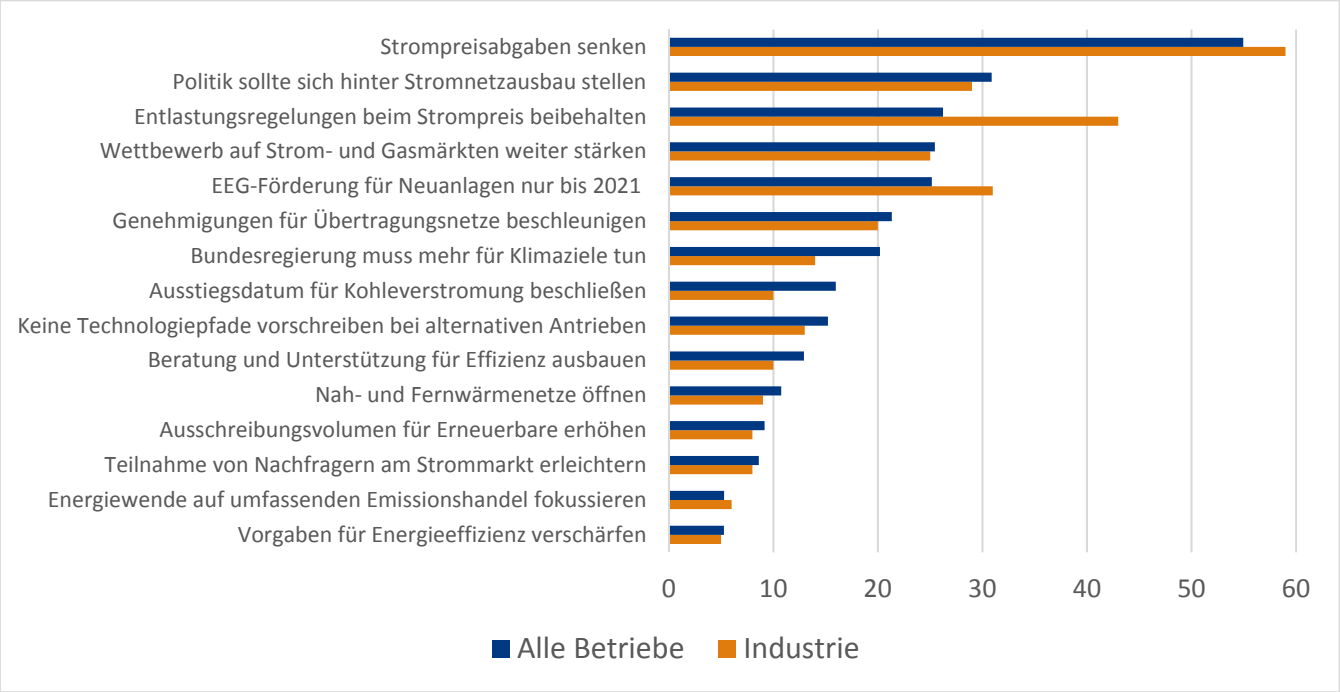


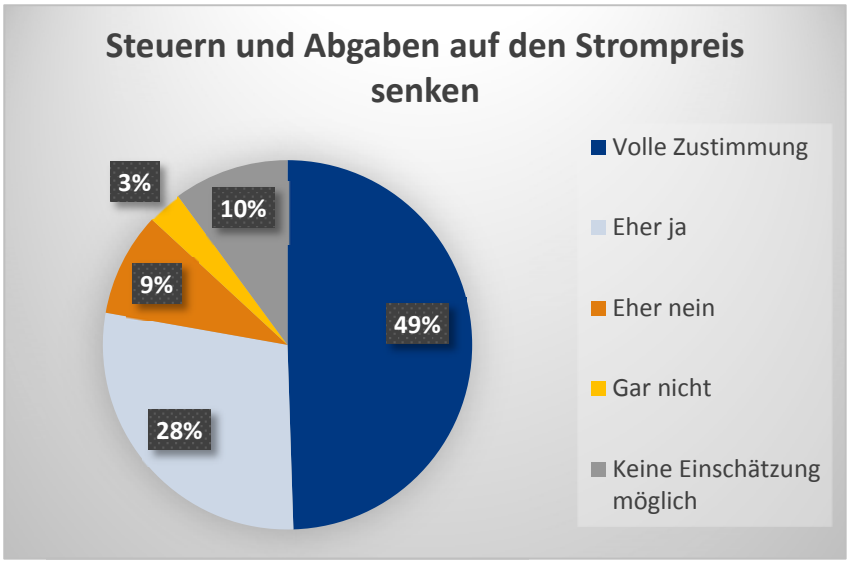

Abbildung 1: Forderungen der Unternehmen an die neue Bundesregierung. Es bestand die Auswahlmöglichkeit von drei prioritären Forderungen. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

## Toppriorität der Wirtschaft: Strompreise müssen sinken

Die durchschnittlichen Strompreise für die Industrie[1] sind seit 2010 um über 40 Prozent gestiegen. Auch in den anderen Branchen fließt immer mehr Geld in die Stromrechnung. Im Ergebnis geht die Schere zu den Preisen der ausländischen Konkurrenz immer weiter auseinander. Die Weitergabe dieser zusätzlichen Belastungen in der Lieferkette und an Endkunden ist für die meisten Unternehmen schwierig bzw. aufgrund des hohen Wettbewerbs nicht möglich (vgl. Kapitel Strom- und Energiepreise). Im Ergebnis haben sich die Strompreise zu einem echten Standortnachteil in Deutschland entwickelt. Dies wird erneut von der aktuellen DIHK-Industrieumfrage bestätigt: Mit einer Schulnote von vier sind die Energiekosten der viertschlechteste von 26 Standortfaktoren. Sie sind damit ein langfristiges Standortrisiko.

[1] Unter den Industrieunternehmen gibt es etwa 2.000, deren Stromzusatzkosten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit stark reduziert sind. Die übrigen über 40.000 Industrieunternehmen zahlen Stromzusatzkosten in gleicher Höhe wie Privathaushalte.

Daher überrascht nicht, dass die Topforderung mit 55 Prozent (Industrie 59 Prozent) mit deutlichem Abstand ist: Strompreisabgaben senken. In allen Branchen, Regionen und Größenklassen wird dies als die prioritäre energiepolitische Herausforderung für die kommende Legislaturperiode gesehen. Bei der Einzelabfrage der Maßnahme sprechen sich 76 Prozent dafür aus und lediglich zwölf dagegen. Die Maßnahme genießt also auch jenseits der Priorisierung eine breite Unterstützung.




Der DIHK hat dazu einen pragmatischen und schnell umsetzbaren Vorschlag unterbreitet: Mittel in Höhe des Stromsteueraufkommens sollen aus dem Bundeshaushalt ins EEG-Konto fließen. Dadurch würde die Umlage sofort um über 2 Cent/kWh sinken und alle Verbraucher gleichermaßen entlasten.

Abbildung 2: Forderungen der Unternehmen an die neue Bundesregierung. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

## Ausgleichsregelungen beim Strompreis erhalten

Entscheidend ist für die Wirtschaft im Zusammenhang der Entlastung der Strompreise, dass dies nicht durch einen Abbau der bestehenden Entlastungsregelungen (insbes. Besondere Ausgleichsregel im EEG, Spitzenausgleich Strom- und Energiesteuer) erreicht wird. 61 Prozent der Betriebe sprechen sich für eine Beibehaltung aus. Dies sehen im Übrigen auch eine Mehrheit der Handels- und Dienstleistungsunternehmen so, die in aller Regel Ausgleichsregelungen nicht in Anspruch nehmen können. Weniger als jedes fünfte Unternehmen (18 Prozent) sieht das anders. Mit 26 Prozent landet diese Maßnahme auf dem dritten Platz der wichtigsten Maßnahmen. Für die Industrie ist sie mit 43 Prozent die zweitwichtigste.

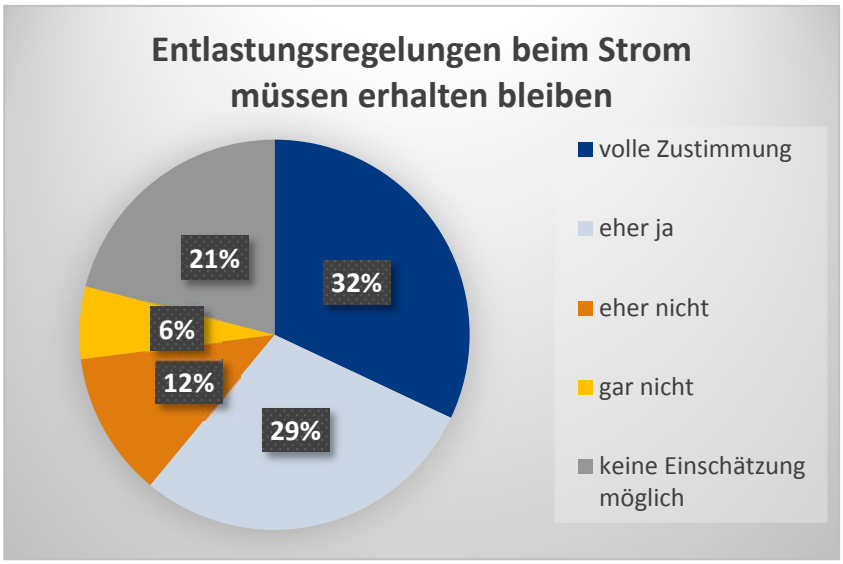
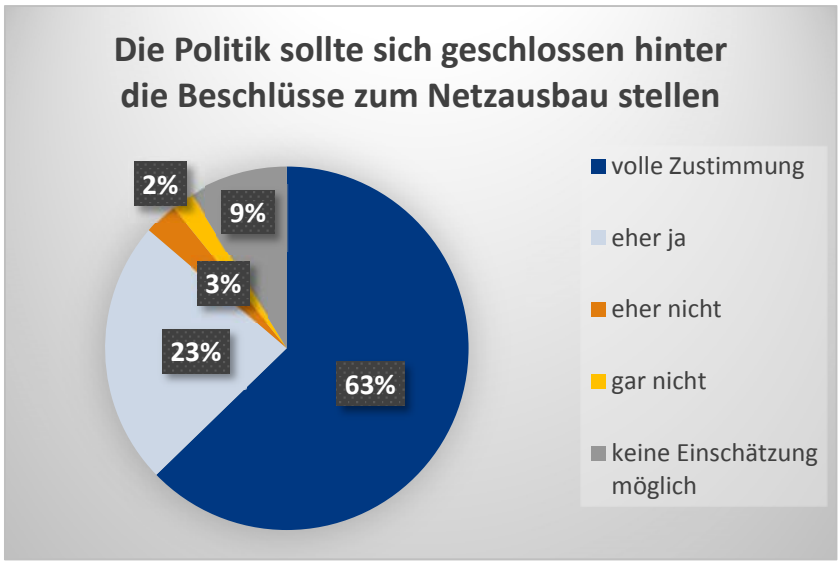



Abbildung 3: Forderungen der Unternehmen an die neue Bundesregierung. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

## Netze endlich ausbauen

Die Silbermedaille bei den wichtigsten Maßnahmen bekommt mit 31 Prozent die Forderung, dass sich die Politik geschlossen hinter den Stromnetzausbau stellen soll. Nur 5 Prozent der Unternehmen setzen sich kritischer mit dem Netzausbau auseinander. Die Wirtschaft steht damit weitgehend geschlossen hinter dieser Infrastrukturinvestition.

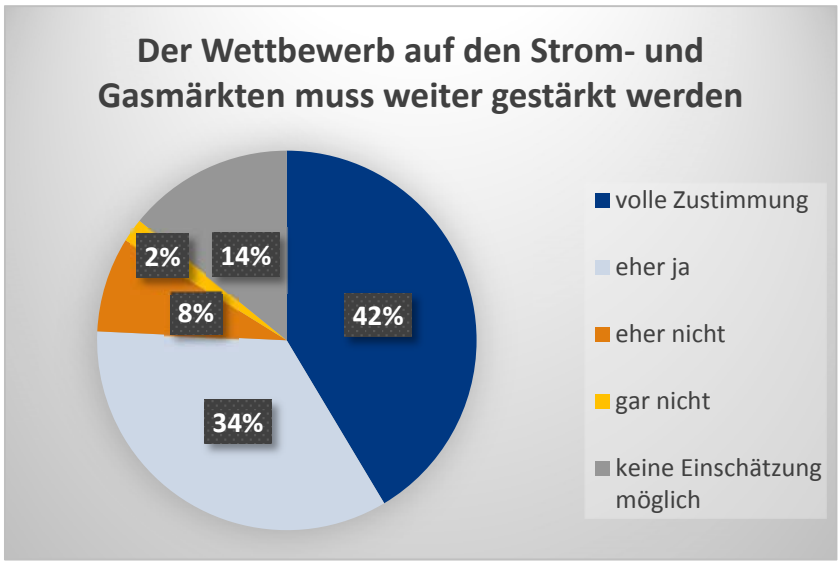



In der vergangenen Legislaturperiode gab es bei dieser Frage erhebliche politische Differenzen vor allem zwischen der Bundesregierung und der bayerischen Staatsregierung. Mit dem Ziel die Akzeptanz der drei Gleichstromtrassen zwischen Nord- und Süddeutschland zu erhöhen, wurde trotz vielfach höherer Kosten als Kompromiss eine weitgehende Erdverkabelung dieser Trassen (Ausnahme Ultranet) beschlossen.

Abbildung 4: Forderungen der Unternehmen an die neue Bundesregierung.
Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Passend zu der von den Unternehmen geforderten politischen Rückendeckung ist, dass 21 Prozent eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren als Priorität ansehen (Rang 6 der prioritären Maßnahmen). 86 Prozent der Unternehmen stellen sich hinter diese Forderung. Die Politik ist also nicht nur aufgefordert, aktiv für den Netzausbau einzutreten, sondern auch bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren weitere Potenziale zur Beschleunigung des Verfahrens zu identifizieren und zu heben.

## Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt weiter stärken




Seit der Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte hat sich der Wettbewerb auf diesen Märkten in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich belebt. Gerade vor dem Hintergrund des zu gut drei Vierteln staatlich regulierten Strompreises bleibt dies für jedes vierte Unternehmen eine wichtige Forderung an die Politik. 76 Prozent sprechen sich dafür aus, lediglich 10 Prozent halten das Wettbewerbsniveau für ausreichend.

Abbildung 5: Forderungen der Unternehmen an die neue Bundesregierung.
Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Durch mehr Wettbewerb zwischen den Anbietern, so die Hoffnung, können Preissenkungen realisiert und Preissteigerungen abgepuffert werden. Eine Maßnahme zur Stärkung des Wettbewerbs ist auch, den Marktzugang für Nachfrageflexibilitäten weiter zu erleichtern. Insbesondere grenzüberschreitend bestehen zudem weiter Hürden für

den Wettbewerb: So weichen die Regeln für die Strombörse zwischen Mitgliedsstaaten immer noch deutlich voneinander ab. Durch einen vollendeten Energiebinnenmarkt könnten die Strom- und Gaskunden nach Einschätzung der Europäischen Kommission mehrere Milliarden Euro sparen. Die Forderung ist daher auch ein Plädoyer für mehr Europa.

## Förderung für neue Windräder, Solar- und Biomasseanlagen nur bis 2021

Seit dem Jahr 1991 werden erneuerbare Energien gesetzlich gefördert. Dadurch konnten sie ihren Marktanteil in Deutschland von kaum wahrnehmbar auf mittlerweile 35 Prozent steigern. Ein weiterer Zuwachs ist für die kommenden Jahre vorgegeben. Seit 2017 bekommen die Neuanlagen nur noch dann eine Förderung, wenn sie sich in einer Ausschreibung durchgesetzt haben, was die Kosteneffizienz deutlich erhöht hat: Wind- und Solarstrom kann mittlerweile für unter 5 bzw. 6 Cent/kWh angeboten werden. Offshore-Windparks haben bereits Zuschläge ohne Förderung erhalten. Die drei Technologien sind daher nahe an den Marktpreis gerückt. Die Hälfte der Unternehmen (49 Prozent) sieht daher den Zeitpunkt gekommen, mittelfristig bis 2021 aus der Förderung neuer Anlagen auszusteigen. Für viele, die dieser Ansicht sind, ist dies auch eine besonders wichtige Aufgabe der neuen Bundesregierung. So sehen 25 Prozent der Unternehmen eine Priorität in dieser Maßnahme. Sie setzen darauf, dass der Markt dann den weiteren Ausbau hinreichend anreizen wird. In der Industrie erreicht diese Maßnahme mit 31 Prozent den Bronzerang. Dennoch gibt es mit 26 Prozent auch eine starke Opposition, wobei nur 10 Prozent strikt dagegen sind. Der Anteil der Betriebe, die das derzeit nicht einschätzen können, ist mit 24 Prozent im Vergleich zu anderen Maßnahmen sehr hoch.

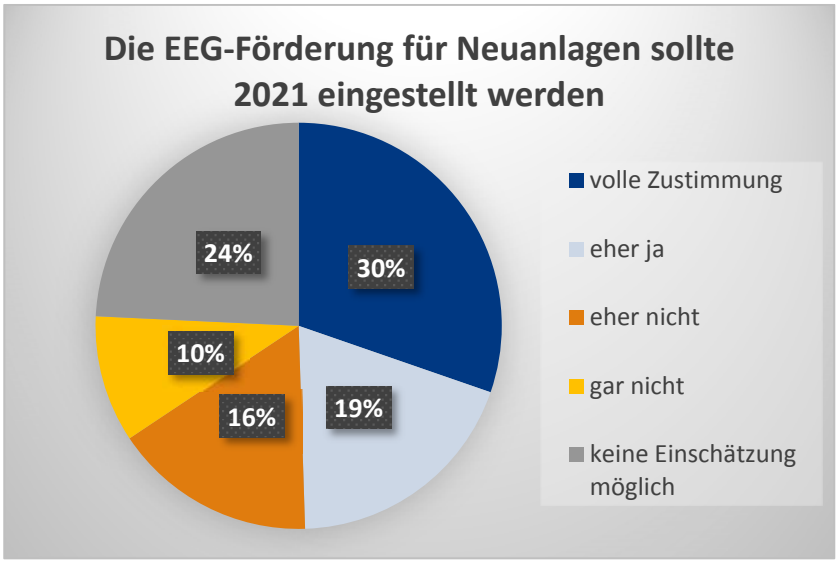



Abbildung 6: Forderungen der Unternehmen an die neue Bundesregierung.
Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

# Energiewende: Risiken und Chancen im Wettbewerb

Über alle Branchen, Größenklassen und Regionen (Nord, Ost, Süd, West) hinweg sehen die Unternehmen in Deutschland ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Chancen und Risiken. Auf einer Skala von -100 (Auswirkungen von allen „sehr negativ" bewertet) bis +100 (alle „sehr positiv") liegt die durchschnittliche Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei +1,02 (2016: +0,8; 2015: -3,4; 2014: -12,8). Getragen wird der Trend nach oben vor allem von einer Verschiebung von kritischen zu neutralen Bewertungen. Demgegenüber ist der Anteil der Unternehmen, die einen positiven Einfluss der Energiewende auf ihre Wettbewerbssituation sehen, kaum gestiegen.



Abbildung 7: Energiewende-Barometer 2017

## Branchenvergleich

Deutlich negative Auswirkungen der Energiewende spürt nach wie vor die **Industrie**. Sie ist nicht nur energieintensiver als die anderen Sektoren, sie steht mit ihren Produkten zumeist auch in einem stärkeren Wettbewerb auf dem Weltmarkt bzw. in Konkurrenz gegenüber importierten Produkten.[3] Die durchschnittliche Bewertung liegt bei -11,6. Damit setzt sich der Trend der letzten Jahre zu einer weniger kritischen Bewertung zwar fort (2016: -13,2; 2015: -20,6; 2014: -30,2), der Anteil der Industrieunternehmen, die von der Energiewende insgesamt profitieren können, verharrt allerdings mit 16 Prozent auf niedrigem Niveau. Gestiegen ist der Anteil der Industriebetriebe, die eine neutrale Bewertung der Energiewende für die eigene Wettbewerbsfähigkeit vornehmen. Getragen wird dieser Trend vor allem von einem niedrigen Preisniveau für Öl und Gas. Die rein nationale Sonderbelastung in Deutschland aufgrund hoher Stromzusatzkosten bleibt jedoch ein hohes Standortrisiko.

Nach einem ausgewogenen Chancen-Risiko-Verhältnis (Barometerwert +0,3) im Jahr 2016 ist die Bewertung der **Handelsunternehmen** wieder ins Negative gerutscht (-3,6). Dabei ist vor allem Anteil der Unternehmen mit einer positiven Bewertung zurückgegangen. Der Stromkostendruck in einem sehr wettbewerbsstarken Umfeld ist mit steigenden Preisen gewachsen. Möglichkeiten für eine eigene Beteiligung an der Energiewende wie die Installation von PV-Modulen zur Eigenerzeugung wurden von der Politik eingeschränkt.

Wie bereits 2014 und 2015 überwiegt bei Unternehmen aus den Sektoren **Bau** und **Dienstleistung** eine positive Bewertung auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Während die Dienstleistungsbranche auf dem Vorjahresniveau bleibt (+8,2), ist der Barometerwert für die Baubranche gesunken (2017: +5,3; 2016: +11,1). Ein Grund dafür ist, dass die

---

2 Der Wert beruht auf Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?", wobei die Einschätzung „sehr negativ" mit -100, „negativ" mit -50, „neutral" mit 0, „positiv" mit +50 und „sehr positiv" mit +100 in die Berechnung der durchschnittlichen Bewertung eingeht. Bei einem Durchschnittswert von 0 sind positive und negative Bewertungen ausgeglichen oder nur neutrale Bewertungen vorgenommen worden. Bei einem Wert von +100 hätten alle Befragten mit „sehr positiv" geantwortet.

3 Die DIHK-Konjunkturumfrage Frühsommer 2017 zeigt, dass das Risiko „Energie- und Rohstoffpreise" in der Industrie, insbesondere aus Sicht der energieintensiven Vorleistungsgüterhersteller, weiter an Bedeutung gewinnt.

Entscheidung für eine von vielen erwartete steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung nach wie vor ausgeblieben ist.

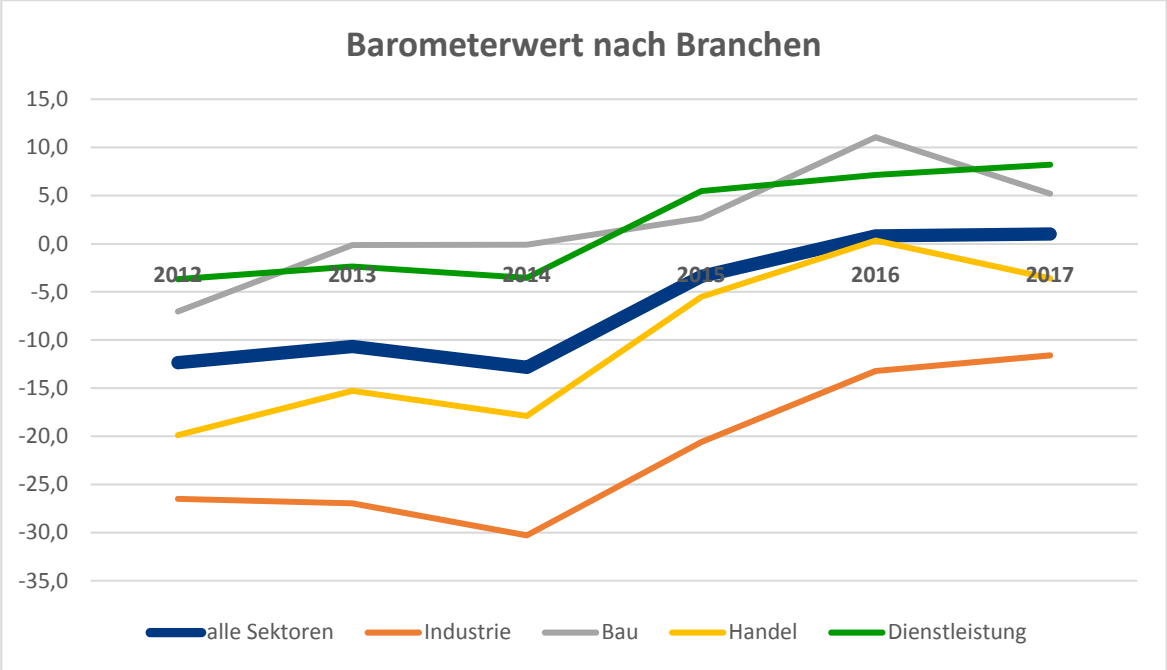



Abbildung 8: Einfluss der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit, Indexwert.
Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

## Regionale Unterschiede nehmen ab

Die Regionen sind unterschiedlich von der Energiewende betroffen, was sich auch in unterschiedlich hohen Barometerwerten zeigt. Einhergehend mit einer zunehmend neutralen Bewertung sind die Unterschiede inzwischen aber weniger ausgeprägt.

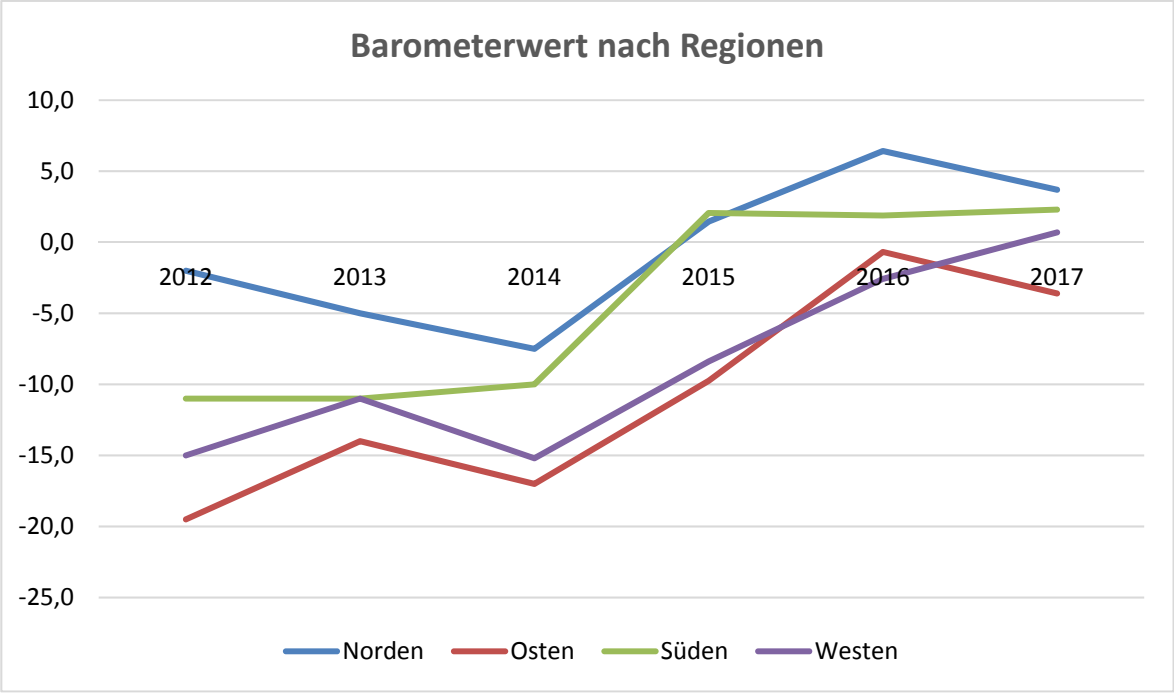



Abbildung 9: Regionale Bewertung der Energiewende, Indexwert.
Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Im Vergleich zum vergangenen Jahr konnte sich der Trend zu einer positiveren Bewertung im **Westen** fortsetzen (2017: +0,7; 2016: -2,6, 2015: -8,4), negative und positive Bewertungen halten sich erstmals die Waage. Kaum verändert hat sich der Barometerwert für den **Süden** (2017: +1,9; 2016: +2,3).

Ein Rückgang der Bewertung ist im **Osten** (2017: -3,6; 2016: -0,7) und im **Norden** (2017: +3,7, 2016: +6,4) zu verzeichnen. Hier machen sich insbesondere zwei Entwicklungen der letzten Monate bemerkbar: Zum einen sind die Netznutzungsentgelte in den Regelzonen von 50Hertz und Tennet stärker als in anderen Regionen gestiegen. Im Norden Deutschlands wird zudem aufgrund des schleppenden Übertragungsnetzausbaus der Ausbau erneuerbarer Energien begrenzt (Stichwort Netzausbaugebiete). Insgesamt bleibt es aber dabei, dass die Auswirkungen der Energiewende im Vergleich der Regionen in Norddeutschland am besten und in Ostdeutschland am schlechtesten bewertet werden.

## Die Energiewende im Größenvergleich

Bei der Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit sehen kleinere Unternehmen mehr Chancen als Risiken (0 – 9 Mitarbeiter: +11,8; 10 bis 19 Mitarbeiter: +4,7). Diese Unternehmen sind im Schnitt weniger energieintensiv und damit von den hohen Stromzusatzkosten weniger betroffen. Größere Unternehmen nehmen tendenziell eine kritischere Bewertung vor (zwischen -2,3 und -8,5). Im letzten Jahr zeigte sich - getragen durch eine günstige Entwicklung der Energiepreise und einer Stabilisierung der EEG-Umlage - über alle Größenklassen hinweg ein positiver Trend. In der aktuellen Befragung fallen die Unternehmen der meisten Größenklassen aber auf das etwas kritischere Niveau von 2015 zurück. Die zum Jahreswechsel 2017 wieder gestiegene EEG-Umlage und steigende Netzentgelte sind Gründe dafür. Eine Ausnahme bilden die Unternehmensgruppen mit 250 bis 499 Mitarbeitern und mehr als 1000 Mitarbeitern, die in ihrer Bewertung den positiven Trend der Vorjahre fortsetzen (beide von rund -9 auf -3).

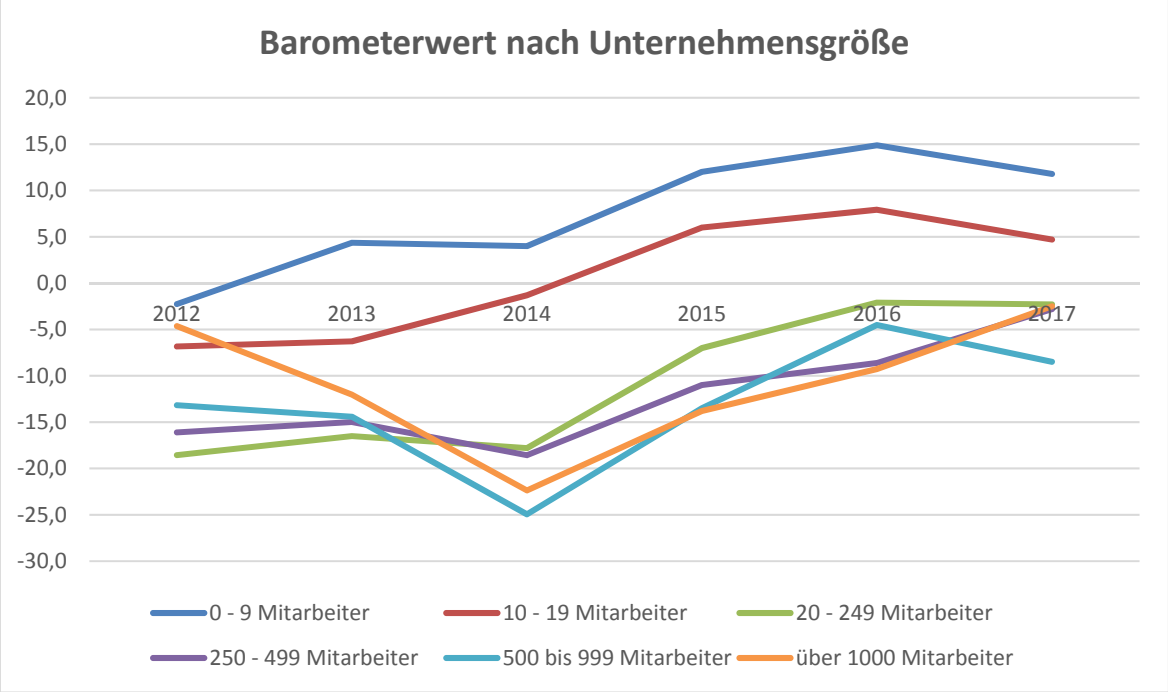
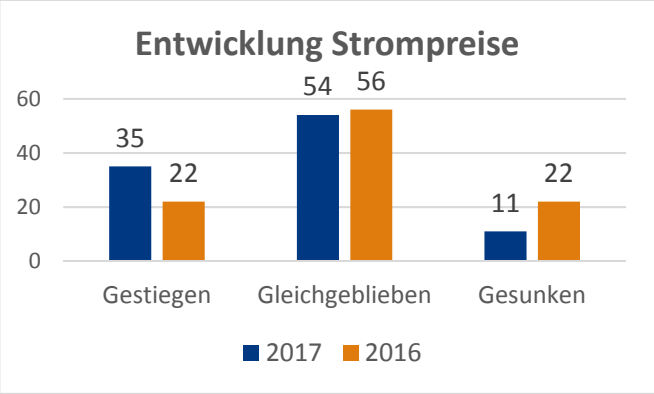
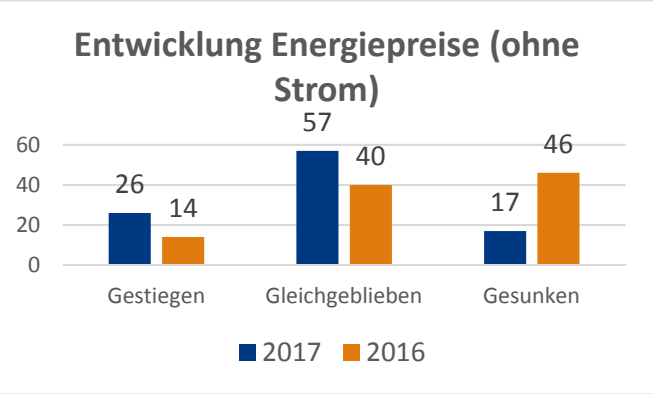



Abbildung 10: Bewertung der Energiewende nach Größenklassen, Indexwert.
Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

# Strompreisbelastung nimmt weiter zu

Zum Jahreswechsel 2016/2017 ist die Strompreisbelastung vieler Unternehmen erneut angestiegen. Neben einem deutlichen Aufschlag bei der EEG-Umlage (+0,5 Cent/kWh) legten in vielen Regionen auch die Netzentgelte kräftig an. Für einen Industriebetrieb mit durchschnittlichem Stromverbrauch hat die Belastung mit über 17 Cent/kWh einen neuen Höchststand erreicht. Entsprechend sind die Strompreise bei 35 Prozent der Unternehmen gestiegen und lediglich bei 11 Prozent gesunken. Im Vorjahr hatten sich gesunkene und gestiegene Preise die Waage gehalten.




Abbildungen 11 und 12: Entwicklung der Strompreise und der Energiepreise. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung

Bei den Energiepreisen hat sich die 2016 eingetretene deutliche Entlastung vor allem aufgrund sinkender Importpreise für Öl und Gas für viele Unternehmen nicht fortgesetzt. Mehr Unternehmen berichten von gestiegenen als von gesunkenen Preisen. Dennoch bleibt der Kostendruck der Energiepreise deutlich geringer als bei Strom. Der jüngste Preisrückgang bei Erdöl hat sich noch nicht in den Umfrageergebnissen niederschlagen können.

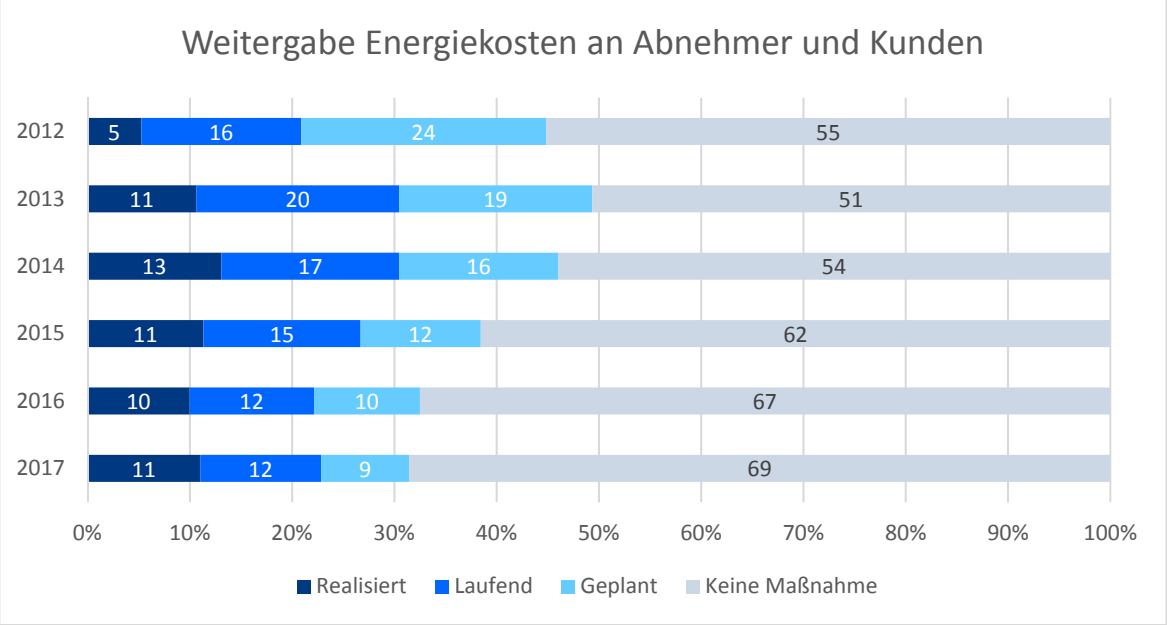



Abbildung 13: Weitergabe Energiekosten an Abnehmer und Kunden. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung

Neben der Steigerung der Energieeffizienz oder dem Aufbau einer (anteiligen) eigenen Energieversorgung zur Kostensenkung können Unternehmen auch versuchen, die Kosten an Kunden bzw. Abnehmer weiterzugeben oder Produktion zu verlagern bzw. in Deutschland einzuschränken. Beide Möglichkeiten werden auch von vielen Unternehmen genutzt. Möglichkeiten von Energieeinsparungen sind vielfach bereits umgesetzt. Die verbleibenden Einsparpotenziale bei den Unternehmen sind in der Tendenz entsprechend aufwändiger zu heben.

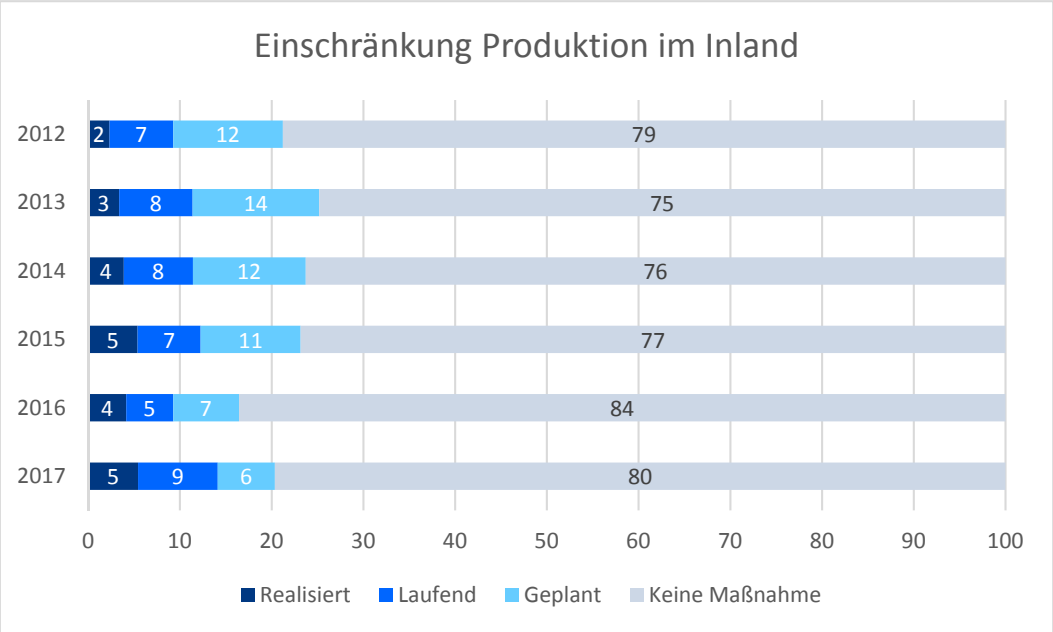
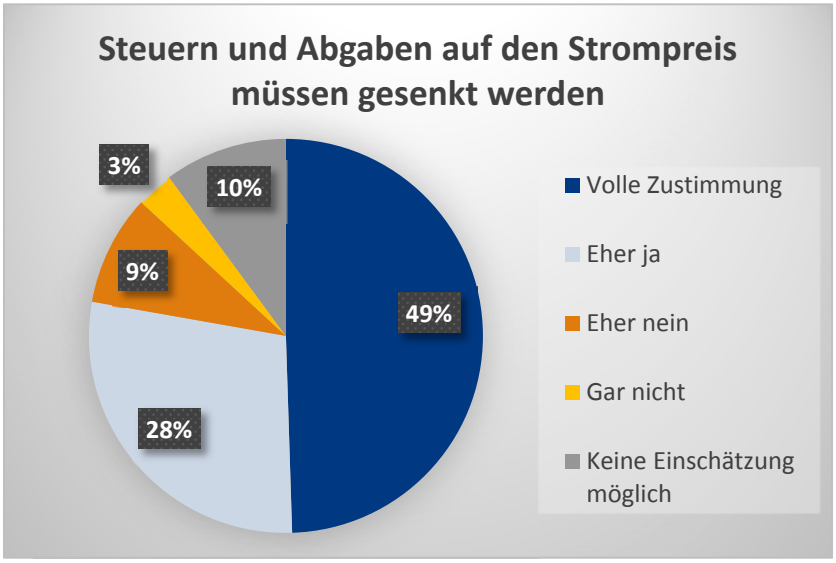



Abbildung 14: Einschränkung der Produktion der Industrie im Inland. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Gestiegenen Energiekosten an Kunden bzw. Abnehmer weiterzugeben, fällt seit 2013 zunehmend schwerer: Sagten vor vier Jahren noch 51 Prozent der Unternehmen, dass sie keine Weitergabe planen bzw. realisiert haben, stieg dieser Wert in der jüngsten Umfrage auf 69 Prozent. Dies ist auch ein Indiz für die hohe Wettbewerbsintensität in vielen Branchen. Steigende Energiepreise können vielfach nur in sehr begrenztem Umfang durchgereicht werden. Jedes zwanzigste Industrieunternehmen hat bereits Produktion in Deutschland aufgrund der Energiewende eingeschränkt und nach wie vor befinden sich viele Maßnahmen in der Umsetzung.

## Stromzusatzkosten senken




Die Strompreise sind für viele Unternehmen eine Bürde im internationalen Wettbewerb. 77 Prozent der Betriebe (84 Prozent in der Industrie) haben daher angegeben, dass Steuern und Abgaben auf den Strompreis gesenkt werden müssen. Diese Forderung ist für die Unternehmen auch mit weitem Abstand die erste Priorität, die die Politik nach der Bundestagswahl umsetzen sollte (vgl. Kapitel Erwartungen der Unternehmen). Vorschläge etwa zur alternativen Finanzierung der EEG-Umlage liegen auf dem Tisch und könnten die Wirtschaft sofort deutlich entlasten.

Abbildung 15: Forderung der Unternehmen an die Politik. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

# Versorgungssicherheit auf hohem Niveau

Ausfälle in der Energieversorgung, auch nur kurze Unterbrechungen und Spannungsschwankungen, können den Betriebsablauf einschränken oder lahmlegen. Das gilt insbesondere im Zuge der Digitalisierung von Geschäfts- und Produktionsprozessen. Hier können bereits kurze Unterbrechungen zu großen finanziellen Schäden führen. Entsprechend hoch sind die Anforderungen der Unternehmen an eine sichere und stabile Stromversorgung. Im energiepolitischen Zieldreieck stellt die Versorgungssicherheit für Unternehmen eine notwendige Bedingung dar.

Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist grundsätzlich sehr gut. So wird auch in der aktuellen DIHK-Industrieumfrage die Energieversorgungssicherheit am besten von 26 Standortfaktoren bewertet. Dennoch waren in den vergangenen zwölf Monaten ca. 16 Prozent der befragten Unternehmen von Stromausfällen (unter 3 Minuten) betroffen. Besonders empfindlich gegenüber Kurzzeitunterbrechungen sind Industrieunternehmen, abweichend vom allgemeinen Durchschnitt, waren 24 Prozent betroffen (auf Vorjahresniveau). Bei 20 Prozent der Industrieunternehmen kam es zu Beeinträchtigungen in der Produktion durch Versorgungsunterbrechungen. Im Vergleich der Regionen wird die Versorgungsqualität in Süddeutschland etwas schlechter als in den anderen Teilen Deutschlands bewertet.

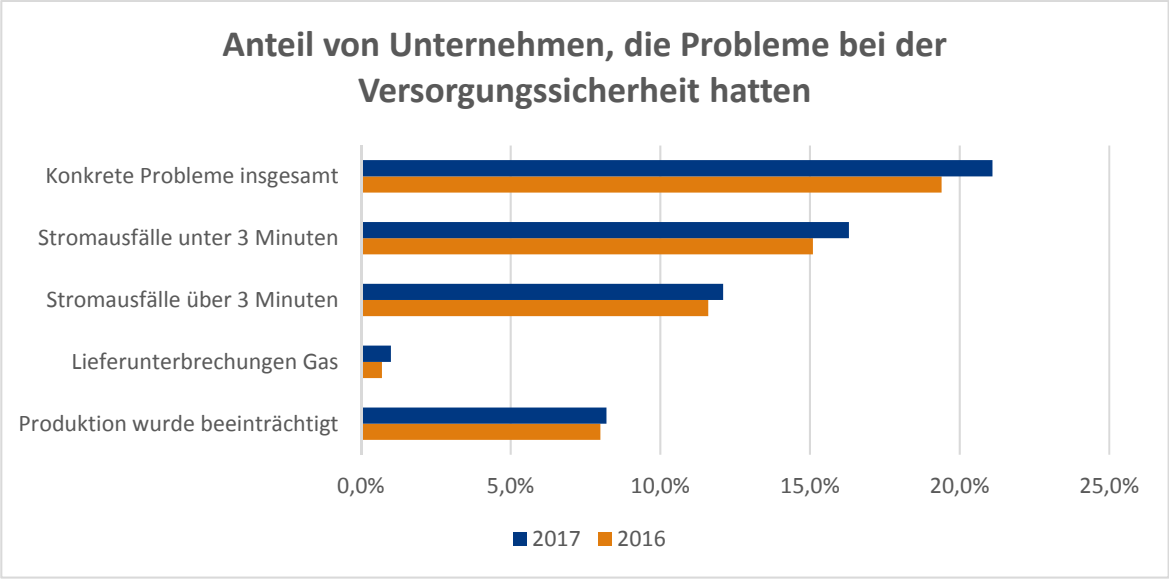



Abbildung 16: Probleme mit der Versorgungssicherheit 2016 und 2017, Angaben in Prozent.
Quelle: IHK-Unternehmensbarometer.

Aus diesem Grund sichern sich viele Betriebe ab: Ein Drittel der Unternehmen hat bereits für den Fall einer Versorgungsunterbrechung Vorbeugemaßnahmen ergriffen. Insgesamt beschäftigt sich die Hälfte der Betriebe mit einem solchen Szenario.

## Politische Unterstützung für den Netzausbau

Als kritisch könnte sich in Zukunft der schleppend voranschreitende Netzausbau erweisen, der sich bislang vorwiegend in Steigerungen der Übertragungsnetzentgelte zur Finanzierung des notwendigen Redispatch zur Umgehung von Netzengpässen niedergeschlagen hat. Die Unternehmen sehen hier – auch aus oben beschriebenen Gründen - weiter Handlungsbedarf. 87 Prozent der befragten Unternehmen stimmen zu, dass sich die Politik geschlossen hinter die Beschlüsse zum Netzausbau stellen soll.

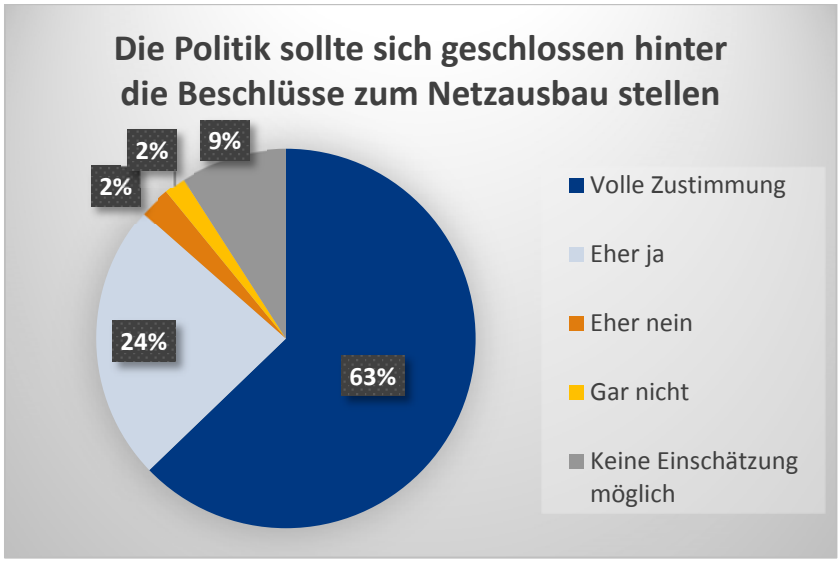



Abbildung 17: Bewertung der Forderung zum Netzausbau, Angaben in Prozent.
Quelle: IHK-Unternehmensbarometer.

# Unternehmen gehen die Herausforderungen der Energiewende an

Die Unternehmen haben bereits in der Vergangenheit auf vielfältige Weise auf die mit der Energiewende veränderten Rahmenbedingungen reagiert. Um Wettbewerbsvorteile zu erhalten und auszubauen müssen sie ihre Kosten senken und/oder von der Politik gesetzte Anreize nutzen.

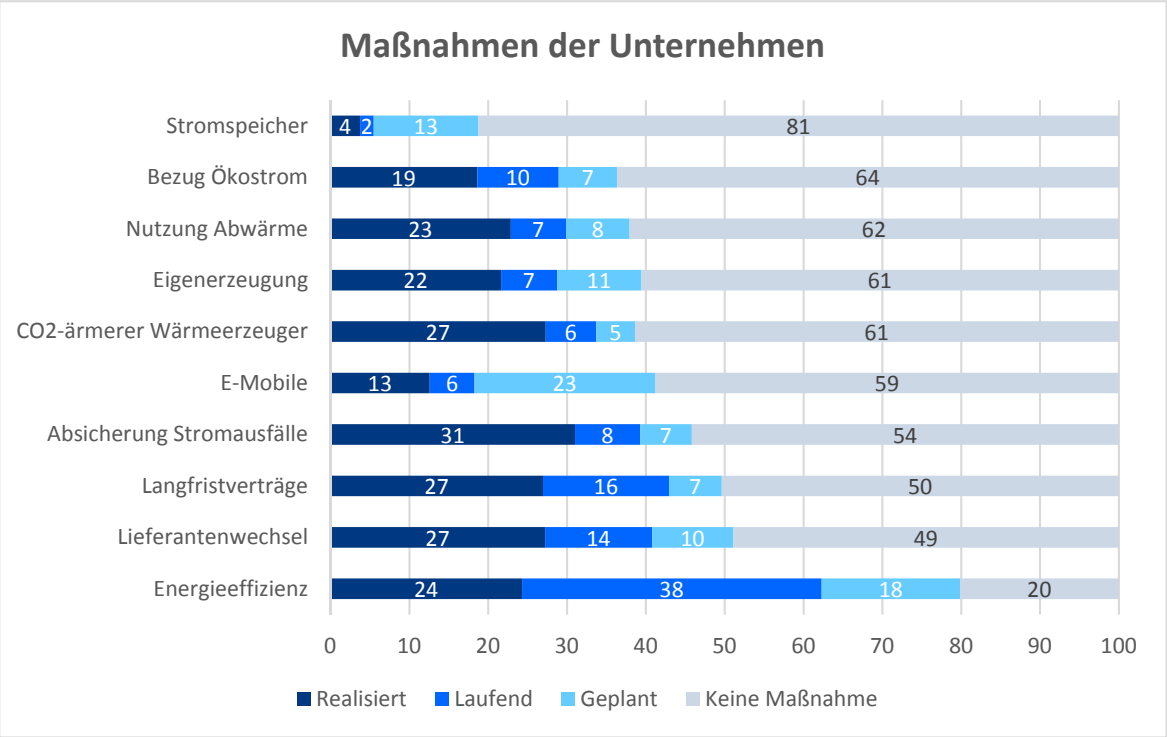



Abbildung 18: Maßnahmen der Unternehmen, Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbarometer.

## Energieeffizienz: Hohe Priorität in der Wirtschaft

Die meisten Unternehmen reagieren auf die Herausforderungen der Energiewende mit einer Steigerung der Energieeffizienz. Vier von fünf Unternehmen haben bereits Maßnahmen ergriffen. Auch aktuell befinden sich wieder viele Vorhaben in der Umsetzung: 38 Prozent der Unternehmen geben laufende Projekte an. Daher ist in den kommenden Jahren mit einem effizienteren Energieeinsatz in den Unternehmen zu rechnen (s. auch Kapitel Energieeffizienz).

## Eigenerzeugung: Investitionen in erneuerbare Energien vorn

Die Politik hat die Eigenerzeugung in den letzten Jahren mit einer Verschlechterung der Rahmenbedingung insbesondere durch die Belastung mit EEG-Umlage ausgebremst. Dennoch setzen weiter viele Unternehmen auf den selbst erzeugten Strom. Bei den geplanten Maßnahmen fällt auf, dass Investitionen in erneuerbare Energien mit 10 Prozent deutlicher stärker sind als Investitionen in konventionelle Anlagen (4 Prozent).

## Elektromobilität: Unternehmen nutzen Chancen

Elektromobilität weist mit 23 Prozent die meisten Planungen aller Maßnahmen auf. Dies ist ein Indiz dafür, dass hier in den kommenden Jahren ein Schub zu erwarten ist. Gründe dafür sind, dass mittlerweile mehr Fahrzeuge auf dem Markt sind und auch die Ladeinfrastruktur Schritt für Schritt erweitert wird. Beides wurde von den Unternehmen 2016 noch als Hemmschuh gesehen.

## Abwärmenutzung: Wichtiges Instrument für die Energiewende

Das Barometer stellt die Rolle der Abwärme für die Energiewende heraus: 38 Prozent der befragten Unternehmen haben dieses Instrument bereits angewendet, setzen gerade eine Maßnahme um oder planen diese. Besondere Bedeutung haben Maßnahmen zur Abwärmenutzung in der Industrie: Fast jedes zweite Unternehmen (46 Prozent) hat hier bereits Maßnahmen ergriffen, ein Viertel der Betriebe (23 Prozent) setzt gerade eine Maßnahme um oder plant eine solche. Durch eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen könnten weitere Potenziale gehoben werden. So wird Abwärmeverstromung zum Eigenverbrauch derzeit mit der vollen EEG-Umlage belastet.

## Wechsel auf $CO_2$-ärmere Wärmeerzeuger: Bereits viel umgesetzt

Für viele Unternehmen ist die Wahl eines $CO_2$-ärmeren Energieträgers explizit ein Instrument, sich an die Veränderungen in Energiepolitik und -wirtschaft anzupassen. 39 Prozent der Unternehmen haben in den letzten Jahren auf einen $CO_2$-ärmeren Energieträger gewechselt bzw. sind gerade vor oder in der Umsetzung.

## Stromspeicher: Wirtschaft steht in den Startlöchern

Der Einsatz von Stromspeichern wird immer beliebter, weil sie zur Versorgungssicherheit (Stichwort Unterbrechungsfreie Spannungsversorgung) und Dämpfung des Strompreisanstieges genauso beitragen können wie zum Klimaschutz. Zwar haben erst wenige Unternehmen einen solchen Speicher installiert, doch zeigt die vergleichsweise hohe Zahl an geplanten Maßnahmen (13 Prozent), dass Speicher bei vielen Betrieben ein Thema ist. Bei passenden Rahmenbedingungen ist die Wirtschaft bereit, hier zu investieren.

## Absicherung gegen Stromausfälle: Ein Muss für viele Firmen

Ein Drittel der Unternehmen hat sich bereits für den Fall einer Versorgungsunterbrechung abgesichert. Insgesamt beschäftigt sich die Hälfte der Betriebe mit einem solchen Szenario. Auch wenn flächendeckende Probleme bislang ausgeblieben sind, sorgen die Unternehmen mit nicht unerheblichen finanziellen Aufwand vor. Ein Problem, das aufgrund der Digitalisierung von Geschäfts- und Produktionsprozessen an Bedeutung gewinnen kann, sind kurzzeitige Spannungseinbrüche.

## Bezug von Ökostrom: Deutscher Grünstrom kaum vorhanden

Zwar beschäftigt sich ein gutes Drittel mit dem Bezug von Ökostrom, allerdings bleibt das Problem, dass deutscher Grünstrom aufgrund heutiger Vermarktungsregeln kaum zu kaufen ist. Echte Angebote z. B. durch eine Abschaffung des Verbots der Doppelvermarktung könnten zu einer Stärkung der Nachfrage in der Wirtschaft führen.

## Langfristverträge: Mittel zur Absicherung gegen Preissteigerungen

Die Preise an den Spot- und Terminmärkten der Strombörse sind in den vergangenen Jahren gesunken und derzeit niedrig im historischen Vergleich. Zugleich gehen die meisten Akteure davon aus, dass im Zuge des weiteren Ausstiegs aus der Kernenergie die Preise wieder ansteigen. Auch im Gasbereich sind die Preise derzeit niedrig Vor diesem Hintergrund ist es nachzuvollziehen, dass sich die Hälfte der Betriebe über langfristige Stromverträge gegen Preissteigerungen absichern will.

## Lieferantenwechsel: Alltag für die Betriebe

Immer mehr Unternehmen machen von einem Lieferantenwechsel Gebrauch, um ihre Energiekosten zu optimieren. Dies ist zugleich ein Indiz für den bestehenden Wettbewerb im Strommarkt. Gerade für kleine Unternehmen ist das neben Effizienzmaßnahmen die einzige Möglichkeit, auf Preissteigerungen zu reagieren.

# Energieeffizienz: Individuelle Lösungen führen zum Erfolg

Mit dem Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) hat die Bundesregierung ihre Effizienzpolitik strukturiert. Einen weiteren Schritt ist das BMWi mit dem Grünbuch Energieeffizienz gegangen, anhand dessen die künftige Ausgestaltung des Prinzips „Efficiency First" und eine Erweiterung des bisherigen Instrumentariums diskutiert werden sollte.

Vielfach wird die Forderung nach höheren Effizienzstandards oder Umsetzungspflichten von Maßnahmen vorgetragen. Nicht nur, dass die Unternehmen einer Verschärfung der Effizienzvorgaben für Produkte und Prozesse eine Absage erteilen (nur 5 Prozent halten dies für eine vordringliche Aufgabe der Politik, vgl. Kapitel Energiepolitik), ignoriert eine solche Forderung auch die Lösungsorientierung in den Unternehmen. Die Ergebnisse des IHK-Energiewende-Barometer bestätigen, dass die im NAPE formulierten Ansätze wirken: die Befähigung von Unternehmen zur Umsetzung individueller, auf die jeweilige Situation angepasster Lösungen durch die Bereitstellung von Informations- und Finanzierungsangeboten.

Seit der ersten Erhebung im Jahr 2012 zeigen stetig steigende Zahlen, dass sich Unternehmen immer mehr mit den Möglichkeiten effizienten Energieeinsatzes beschäftigen. Vier von Fünf Unternehmen haben Maßnahmen bereits abgeschlossen oder befinden sich in der Umsetzung bzw. Planung von Maßnahmen. Dabei steigt über die Jahre besonders die Zahl der umgesetzten Maßnahmen. Bestätigt wird diese auch durch eine Untersuchung des RWI: Demnach hat sich die Energieintensität gegenüber dem Basiswert (Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2012) um 10,8 Prozent verbessert. Dies ist auch ein Grund dafür, dass die Unternehmen eine Verschärfung der Effizienzvorgaben ablehnen – schließlich sind sie schon seit langem auf diesem Gebiet aktiv.

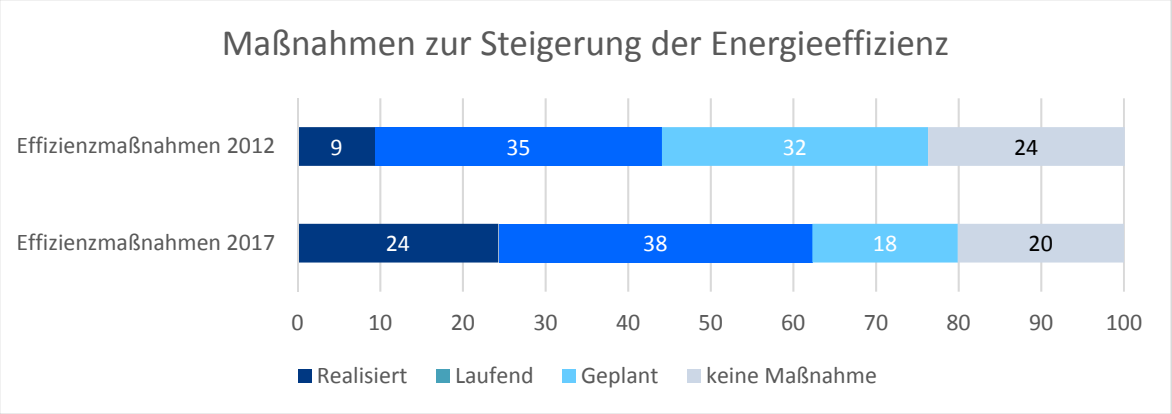



Abbildung 19: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Während sich die Sensibilität und die Maßnahmenentwicklung und -umsetzung im Industriebereich auf einem hohen Niveau weiterentwickelt, ist der Blick in die Bereiche Dienstleistung sowie Handel und Bau aufschlussreich: In den beiden Sektoren ist eine signifikante Steigerung bei der Entwicklung und Umsetzung von Effizienzmaßnahmen festzustellen. Im Handel beispielsweise planen, setzen um oder haben bereits vier von fünf Unternehmen Maßnahmen realisiert. 2016 planten noch knapp 30 Prozent der Handelsunternehmen keine Maßnahmen umzusetzen. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich im Bausektor (keine Maßnahme geplant – 2016: 26 Prozent; 2017: 16 Prozent).

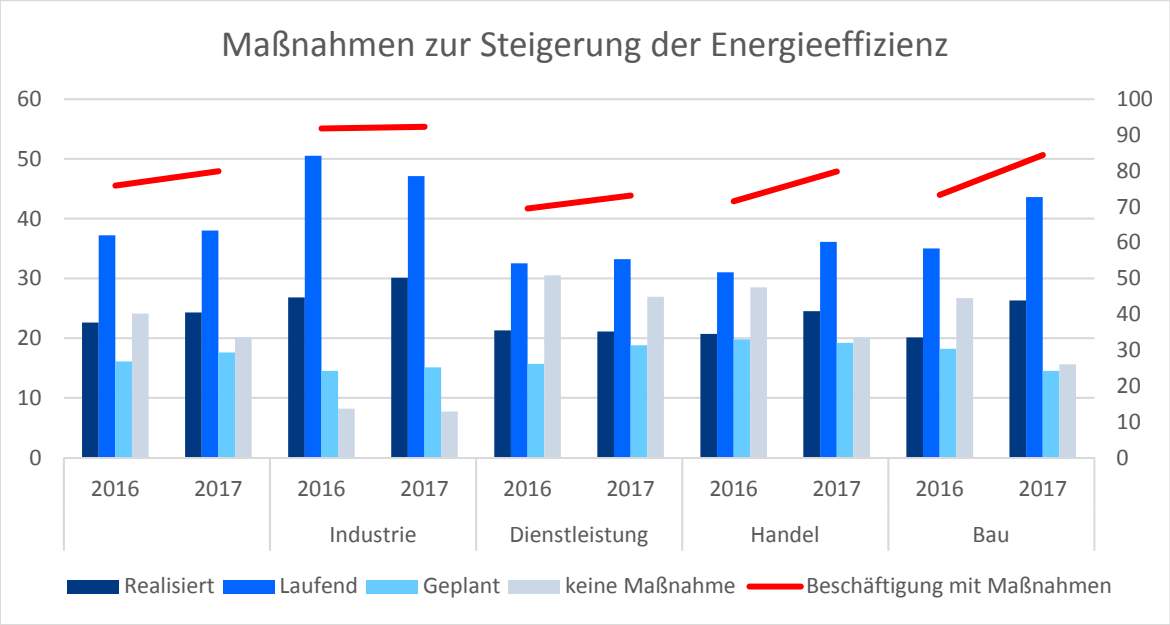



Abbildung 20: Entwicklung der Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz nach Sektoren.
Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Das IHK-Energiewende-Barometer 2016 zeigte, dass die verpflichtende Durchführung von Energieaudits in der Breite nur in geringem Maße zur Identifizierung zusätzlicher wirtschaftlich erschließbarer Einsparpotentiale geführt hat. Erhebungen deuten im Gegenteil darauf hin, dass durch die in Deutschland gewählten Regelungen zur Energieauditpflicht höhere Kosten bei den Unternehmen verursacht als Potenziale offenlegt werden.4 Ursächlich hierfür ist die Anwendung der europäischen KMU-Definition, die zur Verpflichtung zahlreicher kleinerer Unternehmenseinheiten mit tendenziell geringen Energieverbräuchen führt.

Durch die Energieaudits sollte den Unternehmen ein Instrument an die Hand gegeben werden, ihren Energieverbrauch zu analysieren und bewusste Entscheidungen über die Umsetzung von Effizienzmaßnahmen zu treffen. Besonders in den Bereichen Handel und Dienstleistungen hat die Nutzung dieser Instrumente enorm zugenommen. Dieser Effekt war zu erwarten und führt in der Folge zu einer besseren Übersicht und Planungsgrundlage in den Unternehmen.

## Effizienzmaßnahmen sind kein Selbstzweck

Die Lage auf den weltweiten Energierohstoffmärkten hat sich in den letzten beiden Jahren entspannt. Der Blick in die Unternehmen zeigt aber: Sie engagieren sich auch in einem Umfeld stagnierender oder sinkender Energiepreise für Energieeffizienz. Gleichzeitig gehen die wirtschaftlich zu hebenden Effizienzpotentiale zurück. Während 2014 noch ein knappes Drittel der Unternehmen Einsparpotentiale von mindestens fünf Prozent in den kommenden fünf Jahren benannte, sind es 2017 weniger als ein Viertel der Unternehmen (2014: 34 Prozent; 2017: 23 Prozent). Dabei sind Investitionen in effiziente Technologien die am häufigsten gewählte Maßnahme (78 Prozent). Unternehmen setzen zudem in den ersten Schritten auf niederschwellige Angebote wie Information und Qualifizierung von Mitarbeitern (73 Prozent). Mit fortschreitender Aktivität steigen die Grenzkosten weiterer Maßnahmen und die Amortisationszeiten verlängern sich. Es wird schwieriger, wirtschaftlich zu realisierende Potenziale zu identifizieren und zu heben. Zielführend ist es daher, Unternehmen bei ihren geplanten oder laufenden Maßnahmen zu unterstützen,

4 Siehe „Markterhebung Energieaudit 2016“ des Instituts für Energieeffizienz, in der Produktion EEP der Universität Stuttgart, dem Fraunhofer IPA, der Beuth Hochschule Berlin und der DEnBAG.

denn die Ermittlung und Erschließung von Energieeffizienzpotentialen ist bereits ein zentraler Bestandteil der Unternehmensaktivtäten.

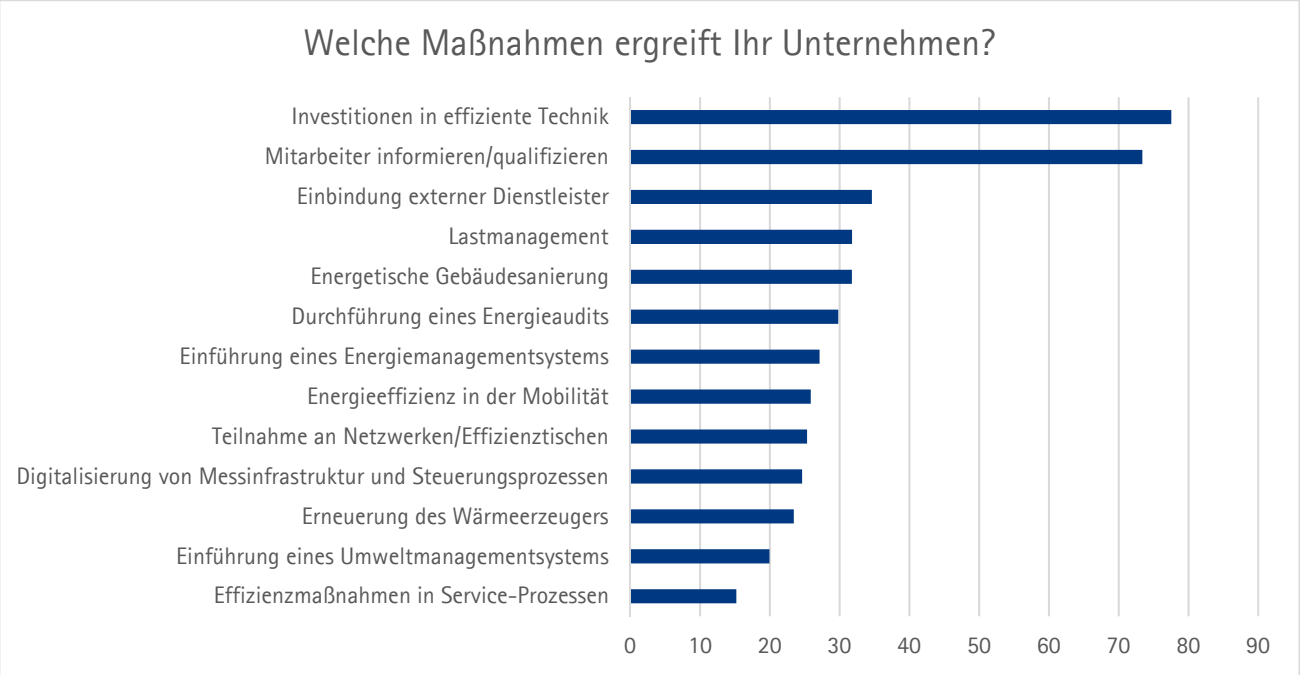



Abbildung 24: Welche Maßnahmen ergreift Ihr Unternehmen? Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Die Unternehmen sollten selbst entscheiden, ob die Einführung von Energie- und Umweltmanagementsystemen, die Durchführung von Energieaudits oder andere strukturierte Ansätze wie Effizienznetzwerke oder Effizienztische helfen, passgenaue Lösungen zu entwickeln und die Energieeffizienz im Unternehmen wirtschaftlich zu steigern.

## Effizienz „weiter" denken

Der Ausgleich der Schwankungen von Wind- und Solarstromeinspeisung wird mit steigendem Anteil erneuerbarer Energien in den Stromnetzen immer wichtiger. Bei Unternehmen schlummern dafür vielfältige Potentiale, die beispielsweise zur Stabilisierung des Stromsystems bereitgestellt werden könnten. Auch ist bei vielen Unternehmen die Bereitschaft groß, sich mit technischen und organisatorischen Fragen auseinanderzusetzen: Bereits heute gibt knapp ein Drittel der Unternehmen an, innerbetriebliches Lastmanagement einzusetzen. Bei den Industrieunternehmen sagt dies sogar fast die Hälfte. Mit dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende und dem gestaffelten Smart Meter-Rollout werden die technischen Grundlagen geschaffen. Um weitere Potenziale zu erschließen, bedarf es aber zusätzlicher regulatorischer Anpassungen bspw. im Bereich der Netzentgelte, die tragfähige Geschäftsmodelle ermöglichen und den Unternehmen den Weg von einer innerbetrieblichen Optimierung (Lastmanagement) zu einer systemdienlichen Betriebsführung (Demand Side Management) ermöglichen.

# Unternehmen investieren in die Effizienz ihrer Wärmeversorgung

Energieeffizienz und die Energiewende im Wärmemarkt haben in der vergangenen Wahlperiode verstärkte Aufmerksamkeit von Seiten der Politik erfahren. Schließlich gehen 53 Prozent des deutschen Energieverbrauchs in Wärmeanwendungen (2015 rund 670 TWh). Ein Drittel der Energie für Raumwärme wird in den Gebäuden von Unternehmen genutzt. Dagegen wird die Energie für Prozesswärme (rund 530 TWh) zum allergrößten Teil (90 Prozent) in der Industrie verbraucht.

## Struktur der Wärmeerzeugung in Unternehmen

In der Struktur der Versorgung der Unternehmen mit Raum- und Prozesswärme dominiert laut Barometer 2015 der Energieträger Erdgas (55 Prozent), 16 Prozent setzen auf Heizöl und 14 Prozent auf Fernwärme. Unter den regenerativen Wärmequellen liegt mit 6 Prozent die Wärmepumpe vorn, vor der Biomasse mit 3 Prozent und der Solarthermie mit 1 Prozent. 10 Prozent der Unternehmen verwenden damit regenerative Energieträger als hauptsächliche Wärmequelle, im Gegensatz zu 5 Prozent bei Wohnungen. Im Zusammenhang mit dem höheren Erdgasanteil und einem geringeren Heizölanteil ist die Wärmeerzeugung in Unternehmen, bezogen auf den Technologiemix, $CO_2$-ärmer als jene im Wohngebäudebereich.

## Energiewende im Wärmesektor: Maßnahmen der Unternehmen

Für viele Unternehmen ist die Wahl eines $CO_2$-ärmeren Energieträgers explizit ein Instrument, sich an die Veränderungen in Energiepolitik und -wirtschaft anzupassen. 39 Prozent der Unternehmen haben in den letzten Jahren auf einen $CO_2$-ärmeren Energieträger gewechselt bzw. sind gerade vor oder in der Umsetzung. 38 Prozent der befragten Unternehmen haben dieses Instrument bereits angewendet, setzen gerade eine Maßnahme um oder planen diese. Besondere Bedeutung haben Maßnahmen zur Abwärmenutzung in der Industrie: Fast jedes zweite Unternehmen (46 Prozent) hat hier bereits Maßnahmen ergriffen, ein Viertel der Betriebe (23 Prozent) setzt gerade eine Maßnahme um oder plant eine solche.

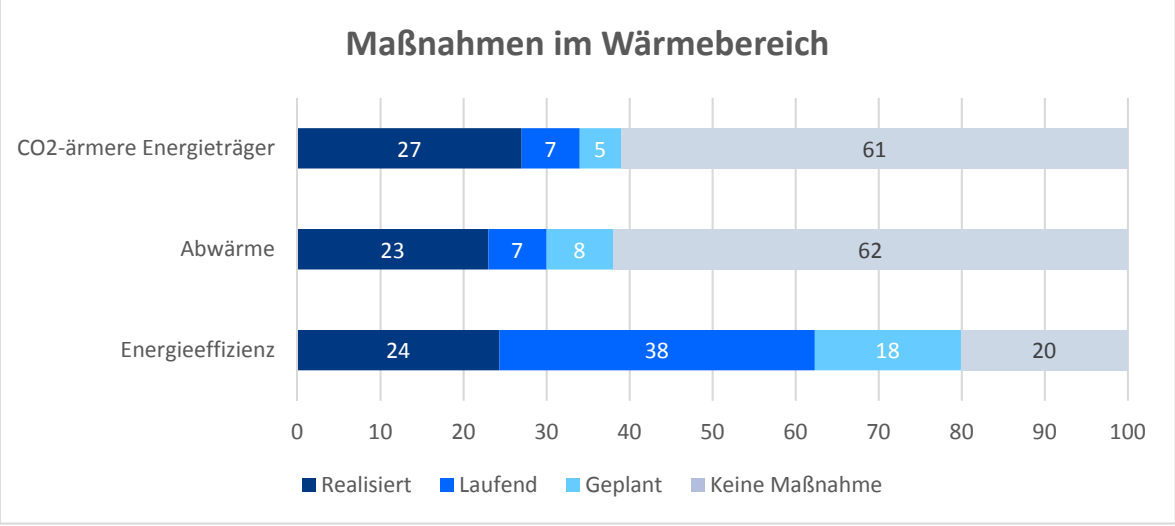



Abbildung 22: Maßnahmen angesichts Veränderungen Energiepolitik – Antworten in Prozent.
Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Auch im Allgemeinen spielt Energieeffizienz für Unternehmen eine bedeutende Rolle. Energieeffizienz ist die Top-Maßnahme, sich auf die Herausforderungen durch die Energiewende einzustellen, sogar noch stärker als in den vergangenen Jahren. Vier von fünf Unternehmen haben hier bereits Maßnahmen umgesetzt, tun dies gerade oder planen sie, im Vergleich zu 75 Prozent im Vorjahr.

Gefragt nach konkreten Energieeffizienzmaßnahmen im Bereich Wärmeenergie, setzen 32 Prozent der Unternehmen auf Maßnahmen an der Gebäudehülle. Fast ein Viertel der Betriebe (23 Prozent) wollen ihren Wärmeerzeuger erneuern. Obwohl Energieeffizienz insgesamt einen höheren Stellenwert gegenüber dem Vorjahr einnimmt, ist die Nennung dieser beiden Maßnahmen um sechs bzw. vier Prozentpunkte zurückgegangen. Hintergrund dieser Entwicklung ist u.a. die gesunkenen Preise für Erdgas und Heizöl und das Ausbleiben der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung.

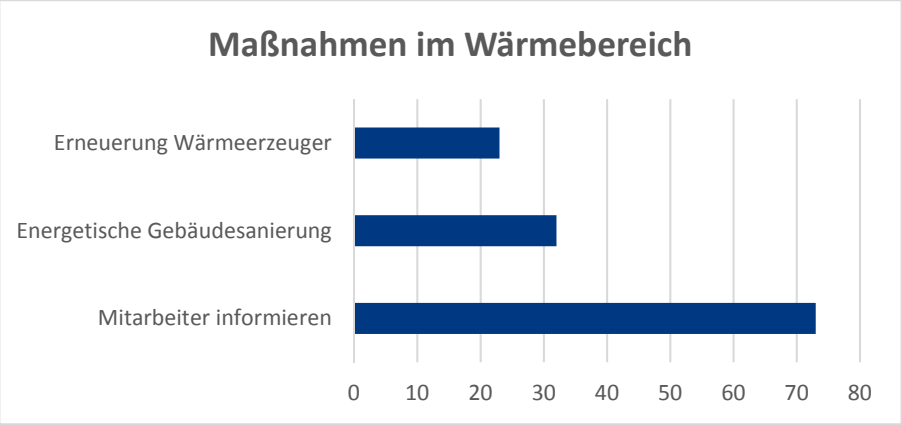



Abbildung 23: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz – Antworten in Prozent.
Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

## Energiepreise sind das politische Top-Thema für die Unternehmen

Die Periode rückläufiger Energiepreise ist allerdings vorbei. Für 26 Prozent der Betriebe (2016: 14 Prozent) sind die Preise für Wärmeenergie und Kraftstoffe in den vergangenen zwölf Monaten sogar wieder gestiegen. Entsprechend konnten nur noch 17 Prozent (2016: 46 Prozent) der Unternehmen von sinkenden Energiepreisen profitieren. Für 57 Prozent der Betriebe sind sie immerhin konstant geblieben (2016: 40 Prozent). Gleichzeitig zeigt das Barometer, dass für die Unternehmen vor allem der Strompreis mit seinen zahlreichen Abgaben und Umlagen im Zentrum politischer Maßnahmen nach der Bundestagswahl stehen sollte.

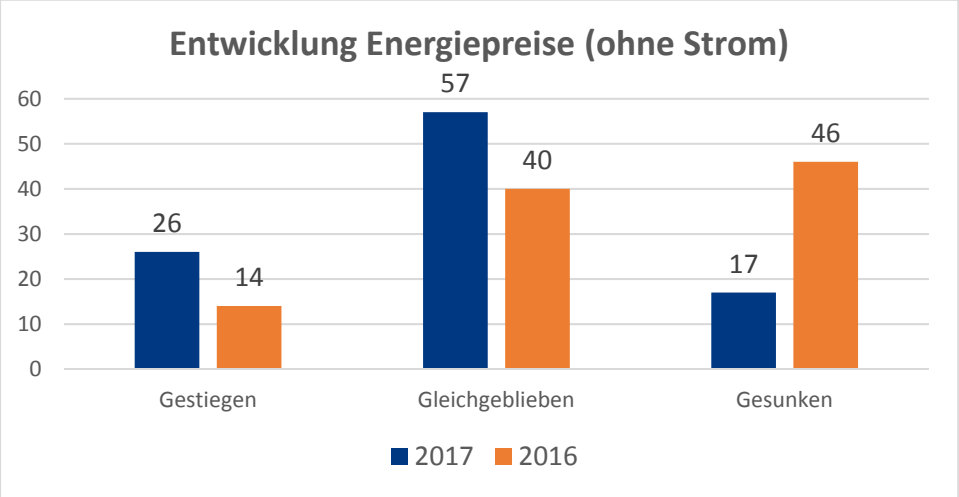



Abbildung 24: Wie haben sich die Energiepreise in den letzten zwölf Monaten entwickelt?
Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

## Forderung: Wärmeeinspeisung in Fernwärmenetze ermöglichen

Politische Maßnahmen im Wärmemarkt haben für die Betriebe nur eine untergeordnete Priorität. Unter den Unternehmen, die Maßnahmen hier für wichtig erachten, sprachen sich 72 Prozent dafür aus, Nah- und Fernwärmenetze für Einspeiser (z. B. Abwärme) zu öffnen. Angesichts der Bedeutung, die Abwärmenutzung unter den Energiewendemaßnahmen einnimmt, ist diese Forderung folgerichtig. Eine hohe Unterstützung findet zudem die Forderung (71 Prozent), dass die Beratung und Unterstützung bei Effizienzmaßnahmen verstärkt werden sollen.

# Elektromobilität wird Teil der Energiewende-Strategie von Unternehmen

Die Energiewendeziele im Verkehrssektor für 2020 werden voraussichtlich nicht erreicht: Allerdings ist 2017 bei alternativen Antrieben im Verkehrsbereich viel Bewegung in den Verkehrsbereich gekommen. Die Zulassungszahlen für Elektrofahrzeuge zeigen – auf niedrigem Niveau – hohe Wachstumszahlen. Auch das Fahrzeugangebot wird stetig größer. Die Steuerermäßigung für Erdgaskraftstoff wurde verlängert und eine Kooperation aus Automobil- und Gaswirtschaft will bis 2025 eine Million Erdgas-betriebenen Fahrzeuge auf die Straße bringen. Eine Verzehnfachung gegenüber dem Status quo.

Neue Modelle und Tankstellen kommen auf den Markt. Insgesamt gibt es bei der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe eine positive Entwicklung. Das Förderprogramm des Bundes für den Aufbau öffentlicher Ladesäulen ist angelaufen. 2017 wurde zudem die erste öffentlich zugängliche Tankstelle für verflüssigtes Erdgas (LNG) eröffnet und auch das bisher noch überschaubare Netz an Wasserstofftankstellen wuchs auf aktuell 30 an. Im kommenden Jahr sollen es 100 sein. Damit werden die im Barometer 2016 identifizierten Haupthemmnisse für die Nutzung von alternativen Antrieben – mangelndes Angebot und die fehlende Lade- und Tankinfrastruktur – sukzessive abgebaut. Im Vergleich zum Vorjahres-Barometer hat sich dies jedoch noch nicht in eine signifikant höhere Anschaffungsneigung umgesetzt. Dabei ist die Basis in den Betrieben bereits deutlich ausgeprägt.

## Alternative Antriebe werden Teil der Firmen-Flotten

23 Prozent der Unternehmen planen Elektrofahrzeuge anzuschaffen. Die Quote laufender Projekte stieg im Jahresvergleich von vier auf sechs Prozent und der Anteil umgesetzter Maßnahmen blieb stabil bei 13 Prozent. Damit hat mehr als jedes zehnte befragte Unternehmen bereits einmal ein Elektrofahrzeug angeschafft.

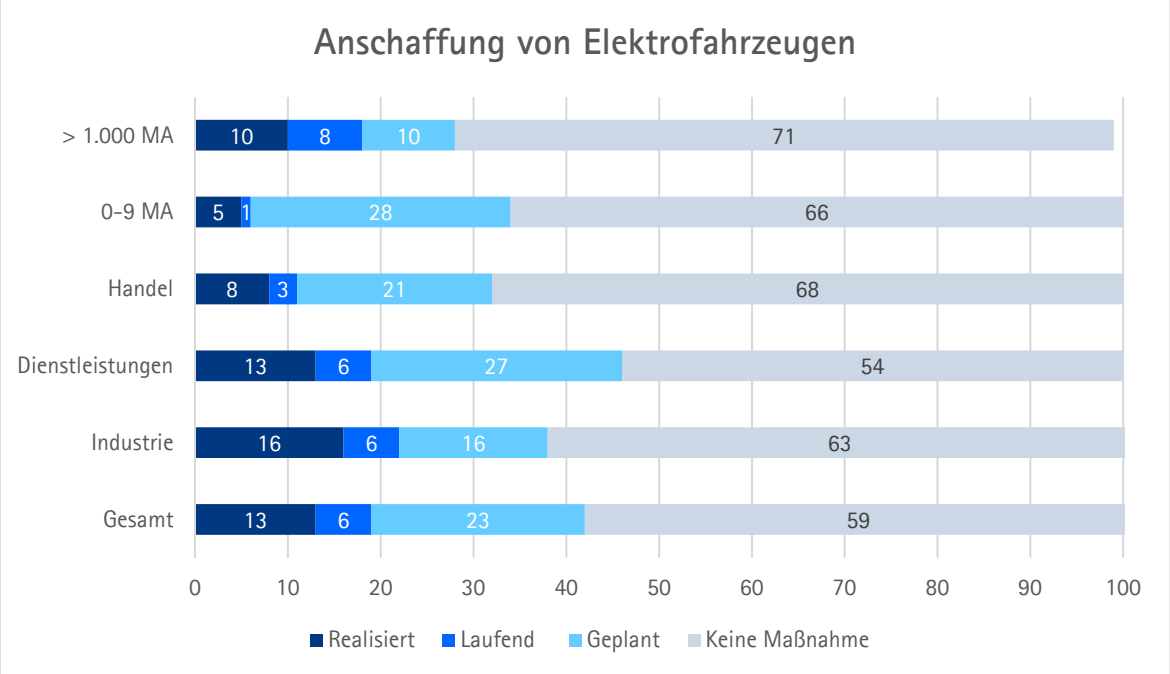



Abbildung 25: Anschaffungsneigung Elektrofahrzeuge. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Vor allem Unternehmen aus dem Bau- und Dienstleistungssektor sind hier mit 26 bzw. 27 Prozent aktiv. In der Industrie wurden bereits zahlreiche Anschaffungen realisiert (16 Prozent). Sowohl in der Industrie, als auch im Bau- und Dienstleistungssektor stieg der Anteil von Unternehmen, die eine Anschaffung planen, diese aktuell umsetzen oder bereits getätigt haben. Die geringsten Aktivitäten werden für den Handel verzeichnet, wo 68 Prozent der Betriebe keine Maßnahmen im Bereich Elektrofahrzeuge planen.

Nach Unternehmensgröße ergibt sich folgendes Bild: Größere Unternehmen haben in größerem Umfang das Thema alternative Antriebe für sich entdeckt. Je größer der Betrieb, desto eher wurde bereits ein Elektrofahrzeug in die Flotte aufgenommen. Während unter den Kleinunternehmen bis 9 Mitarbeiter erst 5 Prozent eine Anschaffung vermelden, sind es unter Betrieben mit mehr als 1.000 Mitarbeitern bereits 28 Prozent. Dafür ist die Anschaffungsneigung in kleinen Firmen tendenziell größer.

12 Prozent der Unternehmen planen zudem die Anschaffung von Fahrzeugen mit anderen alternativen Antrieben bzw. Kraftstoffen (Erdgas, Biokraftstoffe, Wasserstoff). Sechs Prozent haben bereits einmal ein solches Fahrzeug angeschafft bzw. nutzen es.

Der Mobilitätsbereich ist auch Teil der Energieeffizienzmaßnahmen der Unternehmen. 26 Prozent der Betriebe sind hier aktiv. Dies beinhaltet jedoch nicht nur die Nutzung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben, sondern auch beispielsweise ein betriebliches Mobilitätsmanagement, Routenplanung oder Fahrgemeinschaften.

## Keine politischen Vorgaben von Technologien für die Verkehrswende

In den Betrieben dominiert klar die Elektromobilität, wenn es um das Thema alternative Antriebe und Energiewende im Verkehr geht. Gleichzeitig wollen sich die Unternehmen Optionen offenhalten: 70 Prozent der Firmen plädieren dafür, dass es auch in Zukunft den Marktakteuren überlassen bleiben soll, über den Umstieg auf alternative Antriebe zu entscheiden. Konkrete Technologiepfade werden abgelehnt. Lediglich 18 Prozent der Betriebe sprechen sich für konkrete Technologievorgaben aus, 11 Prozent konnten keine Einschätzung treffen. Die starke Zustimmung für Technologieoffenheit bei der Energie- bzw. Klimaschutzpolitik im Verkehrsbereich ist zudem über alle befragten Branchen hinweg ähnlich hoch; auch zwischen den Unternehmensgrößen sind die Unterschiede gering. Das Ergebnis ist damit auch als Absage an Verbote für Verbrennungsmotoren zu verstehen.